

WIR

Wissenswertes aus dem INTEGRATIONSRAT

Nr. 10

Interkulturelle Wochen 2012

Der Integrationsrat wird vom 21. September bis 14. Oktober 2012 in Anlehnung an die bundesweite Aktion wieder die „Interkulturellen Wochen“ organisieren.

Die interkulturellen Vereine und Institutionen in Nürnberg sind aufgerufen, selbständige interkulturelle Programme durchzuführen. In das Programmheft der Interkulturellen Wochen, das der Integrationsrat zusammenstellt, werden die eigenverantwortlichen Veranstaltungen der Vereine und Institutionen aufgenommen.

Es wird gebeten, die Termine von Veranstaltungen während dieser drei Wochen möglichst bald, spätestens jedoch bis 15. Juli 2012, an die Geschäftsstelle des Integrationsrates zu melden: (integrationsrat@stadt.nuernberg.de).

Teilnahme an Stadtteilfesten

Der Integrationsrat wird 2012 wieder am „Gostenhofer Stadtteilfest“ und am „Südstadtfest“ teilnehmen. Zum ersten Mal wird er auch am Nachbarschaftsfest St. Leonhard/Schweinau vertreten sein. Die Mitglieder des Integrationsrates werden an den Infoständen für Ihre Fragen zur Verfügung stehen.

„Kein Platz für Rassismus“

In enger Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg und der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg wird der Integrationsrat die Druck- und Layoutkosten für die geplanten Aufkleber im Rahmen der Aktion „Kein Platz für Rassismus! Wir zeigen Zivilcourage“ übernehmen. Gaststätten in Regensburg führten eine ähnliche Aktion bereits 2010 durch. Das entsprechende Konzept wird in Abstimmung aller Beteiligten erarbeitet.

Einstimmiger Beschluss – Antragstellerin:
Diana Liberova



Mai 2012

Nürnberger Konferenz für internationale Unternehmer mit Migrationshintergrund

Der Integrationsrat wird in enger Zusammenarbeit mit TIAD (Deutsch-Türkischer Unternehmerverein in der Europäischen Metropolregion Nürnberg e.V.) und dem Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg eine erste Nürnberger Konferenz für internationale Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund ausrichten. Die Veranstaltung soll die Vernetzung der Unternehmer/innen stärken sowie einen Impuls in Richtung der Gründung eines internationalen Vereins für Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund geben.

Einstimmiger Beschluss – Antragstellerin:
Diana Liberova

Erhöhung der Erstberatungskapazitäten für Neuzuwanderer/innen

Das Sozialreferat wird gebeten zu prüfen, ob in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden die Erstberatungskapazitäten für die Neuzuwanderer/innen – insbesondere für die größten Gruppen aus Rumänien, Griechenland, Polen und Bulgarien (entsprechend der statistischen Daten 2011) – erhöht werden können. Aufgrund der europäischen Finanzkrise finden immer mehr Zuwanderer/innen den Weg nach Nürnberg, um sich hier dauerhaft niederzulassen. Sie brauchen Beratung und Unterstützung in der neuen Heimat. Die Aufgabe dieser Erstberatung haben die Wohlfahrtsverbände. Allerdings finden immer mehr Neuankommen aus Griechenland zuerst den Weg in die Griechische Gemeinde, die nicht mehr in der Lage ist, alleine durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter den Bedarf abzudecken. Es wird gebeten, neue Möglichkeiten zu suchen und das Beratungsangebot zu erhöhen.

Einstimmiger Beschluss – Antragstellerin:
Diana Liberova

Finanzierung des Anerkennungsverfahrens

Der Integrationsrat bittet den Stadtrat und den Herrn Oberbürgermeister, die Initiative beim Deutschen Städtetag zu ergreifen, um die Finanzierung des Anerkennungsverfahrens ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse für die hier lebenden Antragsteller in einem sachlich gerechten und sozial verträglichen Rahmen zu halten. Insbesondere soll ein Weg gefunden werden, um den Antragstellern einen Zuschuss oder ein Darlehen für die Durchführung des Anerkennungsverfahrens zu gewähren. Ein Eigenanteil maximal von 100 € bis höchstens 150 € für alle in Deutschland lebenden Antragsteller hält der Integrationsrat für sachlich gerechtfertigt.

Es bestehe die Gefahr – so heißt es in der Begründung, dass viele Betroffene die Prüfung ihrer beruflichen und Bildungsabschlüsse durch zu hohe Gebühren und Kosten (z.B. für Übersetzungen oder Gutachten) nicht beantragen würden. Damit würde der Sinn und Zweck des Gesetzes nicht erreicht. Die angemessene Anerkennung liege im Interesse der gesamten Bevölkerung. Daher sollte geprüft werden, ob Zuschüsse seitens der Arbeitsagentur oder der Jobcenter etc. gewährt werden können. Andernfalls sollte die Möglichkeit eines Kredits durch o.g. Behörden oder durch die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) gewährt werden. Diese Möglichkeit sollte gleichermaßen für in Deutschland lebende Berufstätige wie auch für Sozialleistungsempfänger bestehen.

Einstimmiger Beschluss – Antragsteller:
Vitali Stab

Gestaltung von Spielplätzen

Bei der künstlerischen Gestaltung von Kinderspielplätzen bittet der Integrationsrat die Stadt Nürnberg die Kulturlandschaften seiner zugewanderten Mitbürger zu berücksichtigen.

In einer Großstadt wie Nürnberg, in der inzwischen nahezu 40% Menschen mit Migrationshintergrund leben und deren Kinder und Enkelkinder einen beträchtlichen Teil der jungen Generation unserer Stadt ausmachen, sollte es möglich sein, bei der Einrichtung bzw. Gestaltung schon vorhandener Kinderspielplätze auch kulturelle Elemente aus deren Kulturreihen aufzugreifen und mit zu verwenden.

Einstimmiger Beschluss – Antragsteller:
Horst Göbbel

Erhalt der Musikwerkstatt

Der Integrationsrat bittet die Stadtverwaltung alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Projekt „Musikwerkstatt“ der NOA zumindest in Teilen aufrecht zu erhalten. Analogien zu städtischen Projekten, die sich mit musikalischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen befassen, sollen hierfür geprüft werden. Denn die „Musikwerkstatt“ habe sich in den vergangenen Jahren in Nürnberg

etabliert. Mehrere Berufsmusiker mit osteuropäischem Migrationshintergrund fanden in diesem Projekt eine sinnvolle Beschäftigung, sie haben Kindern und Senioren in verschiedenen Einrichtungen die Möglichkeit gegeben, in den Genuss von qualitativ hochwertiger Musik zu kommen.

Einstimmiger Beschluss – Antragstellerin:
Diana Liberova

Dank an den Stadtrat

Der Integrationsrat dankt ausdrücklich den demokratischen Fraktionen und Gruppen des Nürnberger Stadtrates für eine geschlossene Forderung zum Verbot aller rechtsextremen Organisationen in der Stadtratssitzung vom 15.02.2012.

Als Vertreter der Menschen mit Migrationshintergrund ist es für uns ein unerträglicher Zustand, dass sich in unserer Stadt Nürnberg eine Tarnorganisation der NPD eingenistet hat und mit ihrem braunen Gedankengut das friedliche Miteinander vergiftet.

Der Integrationsrat als Beratungsgremium des Stadtrates ist für die beispiellose Geschlossenheit der demokratischen Fraktionen und Gruppen des Stadtrates in dieser Frage sehr dankbar und nimmt diese Initiative mit großer Genugtuung zur Kenntnis. Es erfüllt uns mit großer Zufriedenheit und Freude, mit einem solchen Stadtrat, der in einer solch wichtigen Frage Entschlossenheit zeigt, zusammenzuarbeiten.

Damit wird auf lokaler Ebene ein Zeichen des Zusammenhalts und des gemeinsamen Eintretens gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gesetzt.

Diese so geschlossen manifestierte Ablehnung der rechtsextremen Gruppierungen empfinden wir als ein sehr wichtiges Signal für unsere Arbeit.

Einstimmiger Beschluss – Antragsteller:
Adam Zurawel

Terminhinweise

- Sitzung des Bunten Tisches (**neuer Termin!**): Mi., 04.07.2012, 18:00 Uhr, Raum 306, Internationales Haus, Hans-Sachs-Platz 2, Nbg.
- Sitzung des Integrationsrates: 26.06.2012, 16:00 Uhr, Rathaus Nürnberg
- Sitzung der Kommission für Integration: 26.07.2012, 15:00 Uhr, Rathaus Nürnberg

Impressum:

Geschäftsstelle des Integrationsrates, Internationales Haus, Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg,

Tel. 0911/231-3185, Fax 0911/231-8516,

E-Mail: integrationsrat@stadt.nuernberg.de,

Internet: www.integrationsrat.nuernberg.de,

Redaktion: Diana Liberova, Horst Göbbel, Sevim Coşkun, Friedrich Popp,

V.i.S.d.P.: Diana Liberova, Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg